

## Im Brennglas: Nachrichtenauslese / Juli 2008

Ausgewählte Nachrichten, die zum Denken anregen

mr, am, hp

### Die real existierende Demokratie

Die Friedrich [Ebert](#)-Stiftung der SPD hat eine Umfrage durchgeführt:

Mehr als die Hälfte der Befragten (53 Prozent) glaubt nicht daran, daß die Demokratie Probleme lösen kann; 40 Prozent zweifeln daran, daß es überhaupt noch eine existierende Demokratie in Deutschland gibt.

Eine weitere Ursache für die schwindende Akzeptanz der Demokratie ist sicherlich auch die wirtschaftliche Vernichtung der Mittelschichten, die im Zuge der Globalisierung immer mehr Menschen verarmen läßt.

Die Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, daß soziale Gerechtigkeit und eine Respektierung des Volkswillens unverzichtbare Elemente eines wirklich demokratischen Gemeinwesens sein müssen.

### Höchst AG – der letzte Akt

Heinz-Werner Meier, der [letzte](#) hochrangige Vertreter des ehemaligen Hoechst-Konzerns in der Führung des französischen Pharmakonzerns Sanofi - Aventis, zieht sich aus dem Konzern zurück.

Sein Amt als Vorsitzender der Geschäftsführung der Sanofi - Aventis Deutschland GmbH wird Meier dann aufgeben, wenn ein Nachfolger gefunden worden ist.

Über die Gründe für den Rückzug des 55 Jahre alten Meier ist offiziell nichts bekannt. Wie zu hören ist, dürfte sein Schritt damit zu tun haben, daß der Pariser Konzern unter dem seit Anfang 2007 amtierenden Vorstandsvorsitzenden Gérard Le Fur äußerst zentralistisch geführt wird. Es ist schwieriger geworden, deutsche Interessen in der Pariser Konzernführung durchzusetzen.

Die Zahl der Mitarbeiter in Frankfurt blieb mit rund 8000 konstant. Damit hat Meier die deutschen Interessen durchaus gewahrt, obwohl die deutsche Gesundheitspolitik im Zuge des Kostendrucks das Sanofi-Geschäft in Deutschland zuletzt eher erschwert hat.

Als Sanofi den Hoechst-Nachfolger Aventis 2004 nach langem Kampf übernahm, ordnete sich Meier als Deutschland-Chef dem neuen Eigentümer unter, obwohl er sich zuvor teils mit heftigen Bemerkungen dagegen gewandt hatte. Später lobte er Sanofi dafür, die Ankündigungen für das Deutschland-Geschäft vollständig eingehalten zu haben. 2006 wurde er auch Personalchef in Paris.

Mit Bedauern hat der Betriebsrat von Sanofi-Aventis in Frankfurt die Nachricht vom Ausscheiden Meiers aufgenommen. Meier stehe für die Sozialpolitik des Unternehmens in den vergangenen Jahren, namentlich für eine Zunahme von Lehrstellen, Ausbildung über den eigenen Bedarf hinaus und einen günstigen Sozialplan für die Mitarbeiter, die vom Stellenabbau in Marketing und Vertrieb betroffen seien.

## **Dax – Hauptversammlung ohne deutsche Aktionäre**

Das ist abstrus – aber es ist so!

Jetzt mokiert man sich auch in der FAZ-Redaktion darüber: Daniel Mohr schreibt: „Man stelle sich vor, die Deutsche Börse hält [Hauptversammlung](#) ab – ohne deutsche Aktionäre.

Die Geschicke des Frankfurter Börsenbetreibers werden längst von ausländischen Anteilseignern gelenkt. Bei den anderen Dax - Konzernen sieht es kaum anders aus. Nur noch 3,5 Millionen Deutsche besitzen Aktien. Und jetzt geht die Parole um: „[Deutsche](#) ihr seid also selber schuld, wenn euch die Ausländer die rentablen Fabriken abkaufen!“ Ausländische Investoren sind das Risiko der Teilhabe am Wohl und Wehe deutscher Konzerne eingegangen und dürften es nicht bereut haben.

Viele Deutsche sitzen hingegen lieber auf ihren mageren Sparbuchzinsen, beklagen geringe Lohnzuwächse und wettern gegen hohe Unternehmensgewinne. Doch niemand hindert sie, an diesen Gewinnen durch Aktienkauf teilzuhaben, schreibt die FAZ.

Nun sind also die Deutschen schuld daran, daß ausländische Aktionäre deutsches Produktivkapital aufkaufen und die dicken Renditen wegschleppen. Doch es sind nicht ausländische Privathaushalte – es sind professionelle institutionelle Kapitalanleger und Spekulanten, die sich das deutsche Produktivvermögen angeeignet haben. Der Globalkapitalismus hat dieser neuen Gesellschaftsklasse der Finanzkapitalisten ganz neue Möglichkeiten eröffnet, fremdes Produktivvermögen an sich zu reißen, ohne einen Krieg führen zu müssen.

Was heute möglich und normal erscheint, war noch vor 60 Jahren – nach dem 2. Weltkrieg völlig unmöglich. Da wurden zwar Patente geraubt, Fabrikanlagen abgerissen und bei den Siegern wieder aufgebaut. Da wurde auch der größte Chemiekonzern der Welt, die IG-Farben zerschlagen, in die drei Konzern BASF, Bayer und Höchst. Aber die Unternehmen blieben deutsch, sie gehörten deutschen Haushalten.

Das hat sich geändert: Die Höchst - AG wurde zerschlagen – unter tätiger Mithilfe des damaligen Vorstandsvorsitzenden Jürgen Dormann (CDU-Mitglied). Das Unternehmen befindet sich komplett in internationalem, vorwiegend französischem Eigentum. Auch die BASF und die Bayer – AG sind mit weit mehr als der Hälfte Eigentum ausländischer Kapitalanleger geworden.

Das ist neu in der Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsgeschichte. Man kauft das Produktivvermögen in anderen Volkswirtschaften auf – mit dem Papiergeld, wie dem Dollar, dessen Wert man überwiegend selbst bestimmt– und läßt fremde Völker und Menschen die Gewinne erarbeiten, von denen es sich gut leben und weiterhin gut zusätzliches Vermögen aufkaufen läßt.

Die Masche ist eigentlich leicht zu durchschauen, aber keiner redet darüber.

### **E-Plus, im Eigentum von KPN (Holland) verdient gut in Deutschland**

Der drittgrößte deutsche Mobilfunkanbieter holt gegen T-Mobile und Vodafone auf. Hohe Kundenzuwächse bescheren dem Mutterkonzern [KPN](#) Gewinne.

Deshalb droht dem Unternehmen die Übernahme. Interesse bekundet insbesondere die spanische Telephongesellschaft Telefonica.

## **Weltölmonopole – Gewinnsteigerungen ohne Ende**

Die fünf großen Ölkonzerne des Westens erwarten in diesem Jahr Rekordgewinne von 150 Milliarden Dollar. Dennoch sind sie unter Druck. Denn Staatskonzerne aus Förderländern wie Rußland und Venezuela versuchen, sie aus den Märkten zu drängen und nach Teilen der Gewinne zu greifen.

## **VW baut Werk in Chattanooga (USA), die Hintergründe**

Deutschland ist Exportweltmeister. Und ohne die Exporte hätten wir noch mehr Arbeitslose, weniger Einkommen, weniger Gewinn. So jedenfalls verbreiten es die Journalisten, die überall mitreden wollen und dürfen, und von der Sache selbst doch nie etwas verstanden haben. Wer kennt diese Geschichtlein nicht und wer plappert sie nicht nach – weil sie ja auch so plausibel klingen. Schauen wir uns am Beispiel des Volkswagen-Werkes, so hieß es einmal, heute ist es ein Unternehmen und erhebt den Anspruch, ganz oben angekommen zu sein, bei den Global Players, also jenen Unternehmen, die den Werdegang der Wirtschaft und damit der Geschichte bestimmen.

Momentan verliert VW in Amerika Jahr für Jahr viel Geld. Noch deutlicher: das Unternehmen macht dort Verluste. Um auf dem US-Markt bestehen zu können, muß VW seine Autos ständig unter den Selbstkosten verkaufen. Das geht schon lange so. Branchenfachleute erwarten allein für dieses Jahr, also für 2008, einen Verlust von rund 250 Millionen Euro.

Das soll sich jetzt ändern. VW will seine bisher in den USA verkauften Autos direkt in den USA produzieren. Das kann doch jeder verstehen oder? Die Lohnkosten sind dort niedriger, die Transportkosten über den Ozean entfallen, die Verluste aus der permanenten Dollarabwertung entfallen.

Doch stellen wir uns doch einmal die Frage, warum VW seine Autos unbedingt in USA verkaufen muß, wenn man dort nur Verluste einscheffelt? Werden nicht ganze Unternehmungssparten heutzutage stillgelegt oder weiterverkauft (Siemens-Handy Sparte an BenQ), wenn deren Renditen nicht stimmt? Warum verzichtet man da nicht auf einen Absatzmarkt – in den USA, zumindest zeitweise – wenn man dort keinen Gewinn erzielen kann?

Stellen wir uns vor, VW hätte einen deutschen Eigentümer, der erstens gewinnorientiert, und zweitens auch sozialverpflichtet handeln würde. Der würde sich sicherlich fragen, wie es mit der Gewinnerwartung auf dem US-Automarkt langfristig ausschaut. Die haben doch seit langer Zeit ein Überangebot aus inländischer Produktion und importierten PKWs. Und wenn er auch noch sozialverpflichtet wäre – wie dies die deutschen Unternehmer in den vergangenen Jahrhunderten in vorbildlicher Weise waren, dann würde er sich auch die Frage stellen, was denn seine Arbeitnehmer, mit deren Hilfe er sein Unternehmen aufbauen konnte, davon hätten, wenn er jetzt die Produktion ins Ausland verlagert und womöglich die dort billiger produzierten Autos danach ins Inland zurückimportiert.

Die wirtschaftliche Zukunft haben die Amerikaner hinter sich! Seit Jahren leben sie über ihre Verhältnisse, konsumieren mehr als sie produzieren, importieren mehr als sie exportieren und die Staatsschulden steigen seit 6 Jahren in dreistelliger Milliardenhöhe. In diesem Jahr kommen noch einmal über 400 Mrd. Dollar an Staatsschulden dazu. Das konnte sich die US-Regierung bisher nur deshalb leisten ohne den unmittelbaren Dollarabsturz auszulösen, weil die großen Exportüberschußländer (Ölexporture, China, Japan, Südkorea, Rußland) die US-Schuldnpapiere in Ermangelung einer besseren Anlagealternative aufgekauft haben. Doch diese Schuldnpapierbesitzer werden ihre Mühe haben, ihr Geld

wieder zu bekommen, denn es ist keine Trendwende in der US-Wirtschaftsentwicklung zu erkennen. Im Gegenteil, jetzt in der Folge der Finanzmarktkrise, wird es die US-Wirtschaft einen Absturz erleben, von dem sie sich, wenn überhaupt, lang Jahre nicht mehr erholen wird.

Das sehen die Verantwortlichen bei VW offensichtlich anders. Sie leben in einer vergangenen Welt, als die US-Wirtschaft noch ein „Schlaraffenland“ mit unbegrenztem Absatz- und Renditepotential war. Der Aufsichtsrat genehmigte am Mittwoch ein Investitionsvolumen von bis zu 1 Milliarde Dollar für den neuen Standort in Chattanooga in USA. Bis zum Jahr 2018 will man in Amerika jährlich 800 000 Fahrzeuge der Marke VW absetzen. Und Christian Wulff der CDU Ministerpräsident Niedersachsens Mitglied des VW-Aufsichtsrates tönnte: „Mit der heutigen Entscheidung wird VW endgültig zum globalen Unternehmen. Und VW-Vorstandschef Martin Winterkorn sagte, die Vereinigten Staaten seien für die Volumenstrategie des Konzerns ein wichtiger Markt: „Den wollen wir jetzt mit großer Konsequenz erschließen.

### **Private Equity wird 2008 Verluste machen (Nachrichten)**

In der Branche der Firmenjäger (Heuschrecken) ist man sich klar: Das laufende Jahr wird den meisten [Beteiligungsgesellschaften](#) Verluste bringen. Die Ursachen liegen auf der Hand:

Auch die Firmenjäger (Private Equity Unternehmen) müssen im Zuge der Finanzmarktkrise den Wert ihrer Beteiligungen (an den aufgekauften Unternehmen) abwerten, also Abschreibungen verbuchen. Auch konnten sie seit Beginn der Finanzmarktkrise kaum noch Übernahmen tätigen. Den Heuschrecken wurde mit Beginn der Krise (Ende Juli 2007) von einem Tag auf den anderen der Kredithahn zugekehrt. Im ersten Quartal 2008 wurden gerade einmal Übernahmen im Wert von etwas mehr als 100 Milliarden Dollar angekündigt, das ist ein Sechstel (16,7%) im Vergleich zum Vorjahr (2007).

Trotzdem waren im Jahr 2007 die Rendite in der Branchen mit: 18 Prozent in Europa und 22 Prozent in den Vereinigten Staaten noch einmal – ein letztes Mal – sehr positiv. Aber die Zukunft verspricht nichts Gutes, obwohl die Branche 2007 noch einmal 412 Mrd. Dollar (260 Mrd. Euro) zum Zweck des Unternehmensaufkaufs eingesammelt hatte. Es geht momentan nichts mehr.

Auf dem Markt für Unternehmensaufkäufe haben Käufer und Verkäufer gegensätzliche Erwartungen. Die Verkäufer warten, weil ihrer Ansicht nach die Preise (für Unternehmen) momentan zu niedrig sind, und sie hoffen, daß die Preise (Unternehmungswerte) wieder steigen werden. Auf der anderen Seite warten die Unternehmenskäufer auf ein weiteres Sinken der Unternehmungswerte (Kursverluste) und noch günstigere Kaufgelegenheiten.

Ihr Augenmerk richtet sich insbesondere auf den Energiesektor, den Infrastrukturbereich und die Nahrungsmittelindustrie. Dort würden sie gerne aufkaufen oder sich zumindest beteiligen. Natürlich deshalb, weil dort die Preise so stark ansteigen, was gute Gewinne verspricht. Geld genug haben sie ja eingesammelt, die Heuschrecken, und die stetig ansteigende Inflation droht es ihnen wieder abzunehmen. So stehen also beide Seiten momentan unter Zugzwang. Eine interessante, geradezu lustige Konstellation, wenn die Sache für die betroffenen Menschen nicht so ernst wäre.

## **Blackstone will an der Windenergie in Deutschland mitverdienen**

Nicht nur an den hohen Strompreisen verdienen die Heuschrecken, sie schieben natürlich auch die hohen Subventionen ein, die letztendlich der deutsche Steuerzahler berappen muß. Eine Tatsache, über die man in den deutschen Medien nichts erfährt. Aufklärung tut Not!

Die größte private Beteiligungsgesellschaft, Blackstone, will an dem ersten Windenergieprojekt in der deutschen Nordsee mitverdienen. Sie beteiligt sich mehrheitlich an der Projektgesellschaft [Windland](#) Energieerzeugungs GmbH. Insgesamt wird der Offshore-Windpark „Meerwind“ nordöstlich von Helgoland mit 80 Windturbinen nach heutigem Stand Investitionen von 1 Milliarde Euro erfordern.

Das Geld hat Blackstone in Form von Fonds eingesammelt, ein Teil der Gesamtinvestition wird, wie bei den Heuschrecken üblich, durch Fremdkapitalfinanzierung aufgebracht.

Der Windpark soll jährlich 1,6 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugen, was ausreicht etwa eine halbe Million Haushalte mit Strom versorgen – Voraussetzung der Wind weht mit normaler Geschwindigkeit. Weht er nicht oder zu stark, müssen herkömmliche Stromerzeugungsaggregate sofort einspringen können, um die Mängel auszugleichen.

Blackstone will sich künftig mit Infrastrukturobjekten seine Renditen erwirtschaften, denn die Finanzmarktkrise hat dem US-Beteiligungsunternehmen „die Suppe arg versalzen“. Insbesondere glaubt man bei Blackstone auf dem Energiesektor gut verdienen zu können. Schließlich wächst der Energiebedarf stetig und die fossilen Energiereserven gehen langsam aber sicher ihrem Ende entgegen.

Wenn dann noch ein Land wie Deutschland die „alternative Energieerzeugung“ in großem Stil subventioniert – dem internationalen Finanzkapital also die gute Rendite auf lange Sicht garantiert – dann wären die Kapitalhaie wirklich dumm, würden sie sich diese gute Gelegenheit entgehen lassen. So spielen sich fanatische Ideologen aus der Grünszene und das internationale Finanzkapital gegenseitig die Bälle zu und der Deutsche Michel hat die Zeche zu zahlen:

Hohe Strompreise, steigende Unsicherheit der Energieversorgung treffen alle Haushalte und Unternehmen in Deutschland. Sie bezahlen die hohen Renditen auf doppelte Weise: Erstens mit den überhöhten Strompreisen und zweitens über ihr hohen Steuern, mit denen der deutsche Staat das internationale Finanzkapital subventioniert.

## **Verkehrspolitik – Infrastrukturpolitik**

Der Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee schafft es allein nicht mehr. Er hat den Staatsminister Mathias von [Randow](#) (natürlich auch SPD) zum Koordinator ernannt. Es ist der 31. Koordinator, den die momentane Regierung schon ernannt hat.

An Koordinatoren mangelt es der Bundesregierung nicht. Hatte sie bisher 30 Beauftragte, wie etwa Dagmar Wöhrl (CSU) als Koordinatorin der Regierung für die maritime Wirtschaft.

Der Staatssekretär im Verkehrsministerium, Matthias von Randow (SPD), wurde zum „Koordinator der Regierung für Güterverkehr und Logistik“ ernannt

dem 49 Jahre alten Historiker und Soziologen nicht mangeln

den „Masterplan Güterverkehr und Logistik“ präsentiert, der 35 Einzelmaßnahmen enthält, um den von vielen Fachleuten prognostizierten Verkehrsinfarkt zu vermeiden. Die

Zahlen sind alarmierend. Zwischen 2004 und 2025 soll allein der Güterfernverkehr auf den Straßen um 84 Prozent zunehmen

muss der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten erfolgen

9,2 Milliarden Euro im kommenden Jahr eine Milliarde Euro mehr in die Verkehrsinfrastruktur investieren. Nach Ansicht vieler Fachleute immer noch zu wenig, um die Infrastruktur nicht nur zu erneuern, sondern auch auszubauen.

### **Die Klimaschutzideologie wird demaskiert**

Der von Rot-Grün verfügte [Atomausstieg](#) war mit dem Ziel der Verringerung des Kohlendioxidausstoßes unvereinbar. Das mußte jeder vernünftige Mensch wissen. Die heute zur Verfügung stehenden Alternativenenergien sind wesentlich teurer und können trotzdem nicht den von Rot-Grün erzwungenen Wegfall des Atomstroms ausgleichen. Das wird also in Zukunft teuer werden. Nach der Verdoppelung der Heizölpreise, der vierzigprozentigen Steigerung der Spritkosten und der zu erwartenden Steigerung der Nahrungsmittelpreise wird also der Strom noch teurer und er könnte sogar ausgehen. Strom, der in Deutschland erzeugt werden könnte. Das müßte nicht sein.

Die Energieversorger wußten das schon immer. Deshalb haben sie die verlogene Klimaschutzpolitik zunächst kritisiert, doch danach haben sie sich mit der politischen Gegebenheit abgefunden. Sie produzieren jetzt den sogenannten Ökostrom und kassieren die üppigen Subventionen, die vom deutschen Steuerzahler letztendlich berappt werden müssen. Die Energieversorger gehören mehrheitlich und im Falle Vattenfall sogar ganz ausländischen Kapitaleignern.

### **Ölpreissteigerungen erschweren den Klimaschutz**

Ottmar [Edenhofer](#) ist Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. Er behauptet, daß der hohe Ölpreis den Klimaschutz erheblich erschwert. Denn der wichtigste Effekt ist nicht höhere Energieeffizienz, sondern sind höhere Investitionen in die Exploration neuer Ölfelder sowie der verstärkte Einsatz von Kohle. Die Steigerung der Energieeffizienz ist demgegenüber quantitativ von geringerer Bedeutung.

### **Schädlingsimporte und die Naturschutz- und Umweltaktivisten**

Sie überwuchern und schädigen die heimische Pflanzen- und Tierwelt. Sie gehören zu „segsreichen Errungenschaften der Globalisierung. Da breitet sich der Bärenklau aus oder das süßlich duftende Indische Springkraut da werden die Kastanienbäume im ganzen Land von der aus Südosteuropa eingewanderten Roßkastanienminiermotte befallen.

Ein neuer Immigrant ist der [Maiswurzelbohrer](#), ein Käfer. Im vergangenen Jahr hatte er sich erstmals in Deutschland ausgebreitet. Jetzt, im Sommer 2008 ist er wieder da. In Hugsweier und Kippenheimweiler im badischen Ortenaukreis breitet er sich aus.

Der Schädling wird über Flughäfen oder Autobahnen eingeschleppt. 1992 schädigte der Käfer erstmals Maisfelder in Ungarn, Österreich und Rumänien. Den ursprünglich aus Nordamerika stammenden Maiswurzelbohrer werden die deutschen Bauern so schnell nicht wieder los. Er ist ein Produkt des globalisierten Warenhandels. Die Bauern fürchten den Käfer besonders, weil er, wenn er sich in einem Maisfeld erst einmal ausgebreitet hat, etwa achtzig Prozent der Ernte zerstört.

Was kann man gegen diesen Schädling tun? Im Mai hatte unsachgemäß gebeiztes Mais-saatgut im Rheintal dazu geführt, daß dort die Bienenvölker von etwa 700 Imkern ge-storben waren.

Die EU verlangt, daß der Käfer bekämpft wird. Der Baden Württembergische Landwirt-schaftsminister hat angeordnet, den Käfer mit einem Pflanzenschutzmittel zu bekämpfen. Die Grünen und die SPD sind dagegen. Sie verlangen, daß die Bauern den Mais nicht länger in Monokulturen anbauen und die Fruchtfolge einhalten.

Doch was heißt Fruchtfolge? Im Maisfeld danach Weizen anbauen und im Weizenfeld daneben dann den Mais? Ob das die Käfer abhalten wird, ins Nachbarfeld zu fliegen, um dort weiter zu bohren, darf angezweifelt werden.

### **Staatliche Energiepolitik**

Die deutschen [Stromnetzbetreiber](#) können mit einer besseren Rendite rechnen. Die Bun-desnetzagentur hat ihnen überraschend eine höhere Eigenkapitalverzinsung zugestanden.

Na ja, die Ursache ist auch klar. Die Energieversorger wollen ihre Stromverteilungsnetze verkaufen. Doch die Riege der internationalen Investoren würde für Stromnetze, bei denen der Staat eine niedrige Rendite vorschreibt, keinen Heller ausgeben.